



Tanja Gönner

FOTO: W. GRABHERR

Die zwei Seiten der Tanja Gönner

Baden-Württembergs Umweltministerin zieht nur in Schlachten, die sie gewinnen kann, aber sie vermisst eine Opposition

VON UNSERER REDAKTEURIN
CONSTANCE FREY

FREIBURG. Es gibt zwei Ausgaben von Tanja Gönner. Wenn die 38-jährige baden-württembergische Umweltministerin, die gestern die Badische Zeitung besuchte, über politische Themen spricht, lehnt sie den Oberkörper nach vorn, stützt die Ellbogen auf und verschränkt die Hände unter dem Gesicht. Die Christdemokratin wirkt überlegt, wägt die Worte in ihren Sätzen ab.

Und dann gibt es die Tanja Gönner, die sich lachend in den Sessel wirft und sekundenschnell mit schelmischem Seitenblick auf Einwürfe reagiert. Etwa auf die Diskussion um die Ladenöffnungszeiten zum Muttertag, der dieses Jahr auf Pfingstsonntag fällt – „In meiner Familie regeln wir die Einkäufe vor Sonntag“ –,

oder auf die Frage, die durch diese Diskussion aufgeworfen wird: „Wenn ich öffentliches Interesse definiere als Umsatzanspruch einer Branche, dann wünsche ich uns viel Spaß!“



Ihre Zuständigkeit ist ressortübergreifend wie sonst nur die des Finanzministers – wäre es nicht schön, im Kabinett auch ein Vetorecht zu haben wie dieser? Gönner sieht das pragmatisch. „Wenn ich

immer über Energieeffizienz rede, muss ich sehen, wie meine eigene Energiebilanz ist.“ Sie zieht in keine Schlacht, die sie nicht gewinnen kann. Ihre Aufgabe sei, im Dialog Dinge zu verändern, statt mit Verboten zu drohen. „Wenn unser Wirtschaftsminister sich jetzt für erneuerbare Energien einsetzt, ist das ein Schritt in die richtige Richtung.“

Was die aktuellen Themen im Land angeht, spricht dann öfter die politische als die schelmisch lachende Gönner. Den EU-Vorstoß, in der Energiewirtschaft Produktion und Netze zu trennen, begrüßt sie. „Aus ländlicher Sicht halte ich es für klug, eine Trennung vorzunehmen, weil dort die Gefahr eines Monopols besteht.“ Das Thema Privatisierung müsse man grundsätzlich diskutieren. Bei der Planung des dritten und vierten Gleises für die Bahnstrecke im Rheintal will die Mi-

nisterin darauf achten, dass der Lärmschutz stärker bei der Planung einbezogen wird. „Es wird Auflagen geben.“ Wie genau die aussehen, und ab wann Bürger, die laut den kürzlich veröffentlichten Lärmkarten in stark beschallten Gebieten wohnen, auf Besserung hoffen können, sagt sie nicht. Nur so viel, im nächsten Doppelhaushalt sollen Kosten für Lärmschutz eingeplant werden.

Innerparteilichen Zoff, etwa zwischen Stefan Mappus und Ministerpräsident Günther Oettinger, redet sie klein. „Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Fraktion ist ausgesprochen harmonisch.“ Wenn immer wieder über CDU-Internes berichtet werde, liege es daran, dass die Opposition in Baden-Württemberg überschaubar sei. „Zumindest ein Teil von ihr ist mit sich selbst beschäftigt.“ Da ist der Schelm zurück.